
Regierungserklärung Grotewohls zur Note der Sowjetregierung an die Westmächte über den Friedensvertrag mit Deutschland vor der DDR-Volkskammer, 14. März 1952

Zusammenfassung

Am 10. März 1952 übermittelte die UdSSR den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA eine Note, in der sie die Initiative der DDR zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unterstützte und die Vorbereitung eines gemeinsamen Entwurfs anregte, der anschließend auf einer internationalen Konferenz vorzulegen war. Die März-Note richtete sich allerdings nur der Form nach an die westlichen Regierungen. Ihr eigentlicher Adressat war die deutsche, vor allem die westdeutsche Öffentlichkeit. Das kam zum einen darin zum Ausdruck, daß die Überlegungen von Anfang an zur sofortigen Publikation bestimmt waren: Von der diplomatischen Initiative versprach sich die sowjetische Seite "mobilisierende Wirkungen" und "mächtigen Impulse" beim Ringen um das deutsche Volk. Zum anderen spricht dafür das politische Handeln der SED und der KPD: Unter Bezugnahme auf die Note setzten sie eine großangelegte Kampagne in Gang, deren Kern die These war, daß sich UdSSR und DDR das nationale Interesse an der Wiedervereinigung zu eigen gemacht hätten, während die Westmächte und ihr Lakai Adenauer die Spaltung des Landes betrieben. Die praktische Schlußfolgerung lautete, daß sich alle guten Deutschen aus patriotischem Antrieb dem Kampf des Ostens gegen den Westen anschließen müßten. Das Schlüsseldokument, das die kommunistische Wiedervereinigungspropaganda in der deutschen Öffentlichkeit bestimmte, war die Regierungserklärung Grotewohls vor der DDR-Volkskammer am 14. März 1952 – eine Initiative, der detaillierte Instruktionen aus Moskau zugrunde lagen.

Einführung

Die Systemfrage – Angelpunkt der Auseinandersetzung um die deutsche Einheit
Entgegen der erklärten Absicht der Siegermächte, die deutsche Einheit zumindest während der Besatzungsperiode aufrechtzuerhalten und in dieser Zeit durch gemeinsame Ausübung der obersten Gewalt eine demokratische Erneuerung herbeizuführen¹, vollzog sich in Deutschland während der ersten Nachkriegsjahre ein Prozeß der wirtschaftlichen und politischen Spaltung, der 1949 mit der Bildung zweier Staaten einen vorläufigen Abschluß fand. Der entscheidende Gegensatz betraf das politisch-gesellschaftliche System. Zwar bekannten sich beide Seiten zur Demokratie, doch verstanden sie jeweils etwas ganz anderes darunter. Nach westlicher Ansicht übte das Volk Selbstbestimmung dadurch aus, daß es die staatlichen Entscheidungen in die Hände gewählter Repräsentanten legte. Demgegenüber mußte nach sowjetischer Auffassung die Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer "Vorhut", der kommunistischen Partei, verwirklicht werden, um den im Marxismus-Leninismus festgelegten objektiven (d.h. von der subjektiven Einsicht unabhängigen) Interessen des werktätigen Volkes Geltung zu verschaffen.

Seit den Pariser Sitzungen des Außenministerrats im Frühjahr und Sommer 1946 berief sich die UdSSR zur Begründung ihrer Systemforderung auf die Potsdamer Drei-Mächte-Beschlüsse über die Entnazifizierung, Entmilitarisierung, Entkartellisierung und Demokratisierung Deutschlands.² Die These lautete, der Faschismus müsse durch den Aufbau eines "demokratischen und friedliebenden einheitlichen Deutschlands" überwunden werden. Den Postulaten einer Hinwendung zu "Demokratie" und "Frieden" und einer Abkehr von "Imperialismus" und "Militarismus" lag die Interpretation zugrunde, daß man der politisch-gesellschaftlichen Ordnung des Westens, die zur Ursache aller Übel einschließlich des NS-Regimes erklärt wurde, keinen Platz mehr einräumen dürfe.³ Nur die Alternative, die in der SBZ bzw. DDR geschaffen wurde, erlaubte demnach einen neuen, besseren Anfang.

Als die deutsche Spaltung mit der Konstituierung zweier Staaten besiegelt wurde, begannen beide Seiten eine Wiederherstellung der Einheit nach ihren jeweiligen Systemvorstellungen zu fordern. Die Bundesrepublik setzte sich mit Unterstützung

-
- 1 Erklärung über die Niederlage Deutschlands und die Übernahme der obersten Gewalt durch die alliierten Mächte, 5.6.1945, in: Documents on Germany, 1944-1985, Washington 1985 (=Department of State Publication 9446), S. 33-38 (engl. Originaltext); Kommuniqué über die Drei-Mächte-Konferenz von Potsdam, 2.8.1945, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, II. Reihe, Band 1, 3. Teilband, bearb. von G. Biewer, Kriftel 1992, S. 2102-2125 (engl. Originaltext mit deutscher Übersetzung), S. 2125-2148 (russ. Originaltext mit deutscher Übersetzung). Nachdem die beiden angelsächsischen Mächte bereits auf der Jalta-Konferenz von früheren Aufteilungsplänen abgerückt waren, ließ auch die UdSSR das Vorhaben fallen (V.M. Molotov an F.T. Gusev, 24.3.1945, in: SSSR i germanskij vopros. Dokumenty iz Archiva vnešnej politiki Rossijskoj Federacii, 1941-1949gg., Bd. 1 (1941-1945), Moskau 1996, S. 626), und Stalin erklärte auf der Moskauer Siegesparade am 9.5.1945 ausdrücklich, sein Land wolle Deutschland weder zerstückeln noch vernichten (Die Sowjetunion auf internationalen Konferenzen während des großen Vaterländischen Krieges 1941 bis 1945, hrsg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Bd. 6: Die Potsdamer (Berliner) Konferenz der höchsten Repräsentanten der drei alliierten Mächte - UdSSR, USA und Großbritannien (17. Juli - 2. August 1945). Dokumentensammlung, Moskau u.a. 1986, S. 354, Fn. 6).
 - 2 Vgl. TASS-Kommentare vom 2.5. und 16.6.1946, in: Izvestija, 4. Mai und 18. Juni 1946; Presseerklärungen Molotovs vom 26.5.1946 und seine Konferenzstellungnahmen vom 9. und 10.7.1946, übersetzt wiedergegeben in: Molotow, W.M., Fragen der Außenpolitik. Reden und Erklärungen April 1945 - Juni 1948, Moskau 1949, S. 39-74. Zum politischen Kontext siehe: "Obsu(denie v SSSR amerikanskogo predlo(enija o zaklju(enii dogovora o razoru(enii i demilitarizacii Germanii (1945-1947gg.)", in: Me(dunarodnaja (izn', 1996, Nr. 8, S. 69-73.
 - 3 "Antifa(istskoe dvi(enie", in: Bol'(aja Sovetskaja #nciklopedija, 64 Bde, Bd. 2, Moskau 1950, S. 517; "Demokratija", in: Bol'(aja Sovetskaja #nciklopedija, Bd. 13, Moskau 1952, S. 658-660; "Imperializm", in: Bol'(aja Sovetskaja #nciklopedija, Bd. 17, Moskau 1952, S. 568-585; "Militarizm", in: Bol'(aja Sovetskaja #nciklopedija, Bd. 27, Moskau 1954, S. 481f. Ein frühes Zeugnis dieser Begriffsbildung in der SBZ bietet der Artikel von Fred Oelssner, "Unser Kampf gegen den Militarismus", in: Neues Deutschland, 18.Juli 1946.

der westlichen Besatzungsmächte für eine "Wiedervereinigung auf der Grundlage freier Wahlen" ein.⁴ Es war von vornherein klar, daß ein solches Votum die Kommunisten in eine Minderheitenposition versetzen und so zu einer politisch-gesellschaftlichen Ordnung führen werde, die den Demokratievorstellungen des Westens entsprach. Die UdSSR und ihre Gefolgschaftsstaaten einschließlich der DDR verlangten demgegenüber, die grundlegenden Entscheidungen über den künftigen Gesamtstaat seien allein von den Vertretern der beiden deutschen Staaten zu treffen, die auf gleicher Basis miteinander verhandeln müßten. Das richtete sich nicht nur gegen die Forderung nach system- und regierungsbestimmenden freien Wahlen, sondern auch gegen jede Form der Behandlung ordnungspolitischer Fragen im Vier-Mächte-Rahmen.⁵ Demnach hätte der DDR-Führung ein Veto bei allen Beschlüssen über System und Regime Gesamtdeutschlands erhalten. Es war nicht damit zu rechnen, daß sie zu ihrer eigenen Demontage bereit sein würde.

Verlauf der Auseinandersetzungen vor der sowjetischen März-Note

Die Auseinandersetzung um Deutschland trat in eine akute Phase, als die Westmächte nach Ausbruch des Korea-Krieges im Sommer 1950 einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik ins Auge faßten. Für die UdSSR bedeutete dies Risiko und Chance zugleich – das Risiko, daß westdeutsche Truppen das militärische Potential der Gegenseite erheblich verstärkten, und die Chance, die in der westdeutschen Bevölkerung verbreitete Ablehnung der Wiederbewaffnung politisch zu nutzen. Die Außenminister der UdSSR und der anderen osteuropäischen Länder führten in der Prager Erklärung vom 20./21. Oktober 1950 die eingetretene Spaltung und die geplante "Remilitarisierung" auf die gleiche Ursache zurück: den Bruch des Potsdamer Abkommens durch die Westmächte. Die Wiederherstellung der verlorenen Einheit hänge daher gleichermaßen von der Durchführung der Potsdamer Beschlüsse wie vom Verzicht auf die vorgesehene Aufrüstung ab. Ein "Gesamtdeutscher Konstituierender Rat" aus Vertretern der zwei Staaten solle eine provisorische gesamtdeutsche Regierung vorbereiten und an der Ausarbeitung des

4 Siehe als erste Stellungnahme dieser Art die Erklärung der Bundesregierung vor dem Deutschen Bundestag am 21.10.1949, auszugsweise wiedergegeben in: Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, I. Teil: Oktober 1949 - Oktober 1953, Bonn 1953, S. 7-9.

5 Dieser Standpunkt wurde in einer Erklärung der osteuropäischen Außenminister vom 24.6.1948 erstmals öffentlich festgelegt (Text: Vne(njaja politika Sovetskogo Sojuza. Dokumenty i materialy, Teil 1: Janvar' - ijun' 1948 goda, Moskau 1950, S. 247-248, Neues Deutschland, 26. Juni 1948) und bis Anfang der sechziger Jahre ohne wesentliche Änderungen aufrechterhalten. Wurden als Repräsentanten der beiden Teile Deutschlands bis zur Konstituierung der DDR die "demokratischen Parteien und Organisationen Deutschlands" (so die Fassung vom 24. Juni 1948) bzw. ein von der Wirtschaftsverwaltung der Trizone und der Deutsche Wirtschaftskommission der SBZ beschickter "gesamtdeutscher Staatsrat" (Vorschläge der UdSSR auf der Pariser Vier-Mächte-Konferenz am 24. Mai und 10. Juni 1949) ins Spiel gebracht, so forderte die Sowjetunion seit der Prager Erklärung vom 21. Oktober 1950 immer wieder ein – als "Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat", "Gesamtdeutsche Beratung" bzw. "Gesamtdeutsche Kommission" bezeichnetes – Gremium von Vertretern beider Staaten, das über die innere Ordnung und die Herrschaftsträger des zu vereinigenden Deutschlands entscheiden müsse.

vorgesehenen Friedensvertrages beratend mitwirken.⁶ Auf Anregung der Sowjetischen Kontrollkommission ⁷ forderte DDR-Ministerpräsident Grotewohl am 30. November 1950 Bundeskanzler Adenauer in einem Brief dazu auf, Vertreter zu Gesprächen über die Bildung des "Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates" zu benennen, der u. a. den vier Mächten Vorschläge für die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung unterbreiten und "Bedingungen" zur Durchführung von Wahlen vorbereiten sollte, die, wie sich entnehmen ließ, hinterher stattfinden könnten.⁸

Eine intensive Propaganda-Kampagne in der Bundesrepublik folgte.⁹ In den Mittelpunkt der Kontroverse rückte die Frage, ob das wiederzuvereinigende Deutschland auf freien Wahlen beruhen sollte. Mit der Parole "Deutsche an einen Tisch!" rechtfertigte die DDR-Führung ihr Verlangen, die politisch-gesellschaftliche Ordnung des künftigen Gesamtstaates könne nur in Verhandlungen zwischen beiden Staaten festgelegt werden. Die sowjetische Regierung zeigte bei den Pariser Vorberatungen des Frühjahrs 1951 über eine Friedensvertragskonferenz kein Interesse an einem Einvernehmen mit den Westmächten: Als man einer Einigung über die Tagesordnung nahe kam, brachte sie die Verhandlungen zum Scheitern mit der Forderung, daß die sie interessierenden Probleme behandelt und geregelt werden müßten, ehe über die Wünsche der anderen Seite – etwa nach gesamtdeutschen Wahlen – gesprochen werden könne.¹⁰ Die ablehnende Haltung der DDR und der UdSSR in dieser Frage wurde je länger, desto mehr zu einer schweren politischen Hypothek im Wettstreit um die Gunst der deutschen Öffentlichkeit, die freie Wahlen als das A und O der Wiedervereinigung ansah. Daher erschien eine neue, der vorherrschenden Stimmung besser entsprechende Initiative erforderlich, die freilich, wie Vertreter der Sowjetischen Kontrollkommission und der SED am 30. Juli 1951 übereinstimmend feststellten, die seit 1948 verfolgte Linie nicht grundlegend ändern sollte.¹¹ Überlegungen im sowjetischen Außenministerium schlossen sich an. Dem westdeutschen Widerwillen gegen den "Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat" war durch Umbenennung und Kosmetik zu entsprechen, ohne

6 Text: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Band 1, [Ost-]Berlin 1957, S. 245-254 (deutsche Fassung); Dokumente zur Deutschlandpolitik, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, II. Reihe, Band 2, Teilband 2, bearb. von H. J. Küsters unter der wiss. Leitung von K. Hildebrand, H.-P. Schwarz, F. P. Kahlenberg, München 1996, S. 382-384 (Auszug aus der deutschen Fassung).

7 Lemke, M., "Die infiltrierte Sammlung. Ziele, Methoden und Instrumente der SED in der Bundesrepublik 1949-1957", in: Mayer, T. (Hg.), "Macht das Tor auf." Jakob-Kaiser-Studien, Berlin 1996, S. 183.

8 Text in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, I, Bd. 3/1, S. 452f.

9 Massenmobilisierung für die Prager Beschlüsse in Westdeutschland/Auswertung der Aktionseinheits-Konferenz (Anlagen zum Protokoll des Politbüros [der SED] vom 31. Oktober 1950), SAPMO-BArch, IV 2/2/116, o.BI./Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dokumente zur Deutschlandpolitik, II, Bd. 3/2, S. 1093-1097.

10 Filitov, A., "Sovetskij Sojuz i germanskij vopros v period pozdnego stalinizma (k voprosu o genezise "stalinskoj noty" 10 marta 1952 goda)", in: #ubar'jan, A. (Hg.), Stalin i chodnaja vojna, Moskau 1998, S. 320-321; Egorova, N., "Evropejskaja bezopasnost' i "ugroza" NATO v ocenkach stalinskogo rukovodstva", in: Stalinskoe desjatiletie chodnoj vojny. Fakty i gipotezy, Moskau 1999, S. 70f.

11 Badstübner, R., Loth, W. (Hg.), Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994, S. 372.

daß sich damit ein Wandel in der Sache – im Blick auf das ostdeutsche Veto – verband. Dem modifizierten Projekt wurde die Funktion zugewiesen, eine nachfolgende sowjetische Note psychologisch vorzubereiten.¹²

Das Ergebnis des Bemühens war eine Regierungserklärung Grotewohls vom 15. September 1951, in der es hieß, auf einer "Gesamtdeutschen Beratung" könnten vor allem auch freie Wahlen vorbereitet werden.¹³ Das war nur eine Scheinkonzession: Die Entscheidungen bezüglich der prozeduralen Modalitäten und der politischen Folgen des Urngangs hingen von der Zustimmung der DDR-Führung ab. Diese lehnte in Einvernehmen mit der sowjetischen Seite vorherige Zusagen ab.¹⁴ Um die östliche Seite zu einer Offenlegung ihrer Absichten zu nötigen, formulierte Adenauer am 27. September 1951 Kriterien für freie Wahlen.¹⁵ Die DDR-Regierung reagierte mit dem Bemerkens, die Wahlbestimmungen könnten nicht von einer Seite "diktiert" werden. Die "Mehrzahl" der vorgeschlagenen Grundsätze seien zwar annehmbar, doch müsse die Sache noch auf der "Gesamtdeutschen Beratung" erörtert werden.¹⁶ Tatsächlich jedoch bestanden fundamentale Differenzen: Die SED-Führung erklärte ihre Einheitsliste ausdrücklich zur Basis, auf welcher der Volkswillen freien Ausdruck finde.¹⁷ Auch die folgenden Erläuterungen zum Grotewohl-Vorschlag¹⁸ blieben die Antwort auf die beiden zentralen Fragen schuldig: Wie würden die in Aussicht genommenen Wahlen praktisch aussehen? Würden die grundlegenden Entscheidungen bei der Vereinigung wie vor allem Verfassungsgebung und Regierungsbildung von gewählten Volksvertretern oder vorher von Gremien ohne Mandat getroffen werden? Als die Bundesregierung mit Unterstützung der Westmächte verlangte, eine UNO-Überwachung solle die Freiheit der prospektiven Wahlen gewährleisten, lehnten UdSSR und DDR ab und schlugen stattdessen eine aus den Vertretern beider Teilgebiete zusammengesetzte Kommission unter Kontrolle der Besatzungsmächte vor.¹⁹

12 Hierzu im einzelnen M. Gribanov an A.Ja. Vy(inskij, 15. August 1951, AVPRF, 082, 38, 250, 112, Bl. 14-16; Bjørnstad, S., Soviet German policy and the Stalin note of 10 March 1952, Hovedoppgrave 1996, S. 74-77. Hinsichtlich einiger – hier nicht erwähnter – Einzelheiten bestanden unterschiedliche Auffassungen innerhalb des Ministeriums und zwischen diesem und der obersten Führung.

13 Text: Grotewohl, O., Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik, 6 Bde, Bd. II, [Ost-]Berlin 1959, S. 444-464. Vgl. den darauf beruhenden Volkskammerbeschuß vom gleichen Tag (Text: Neues Deutschland, 16. September 1951) und den Bericht des DDR-Missionschefs Appelt in Moskau an Außenminister Vy(inskij, 28. September 1951, AVPRF, 082, 38, 221, 3, Bl. 82.

14 Vgl. Ausführungen von Ministerpräsident Grotewohl auf der 41. außerordentlichen Sitzung der DDR-Regierung (mit anschließender Diskussion), 14.9.1951, BArchB, C 20 I/3-67, Bl. 177-212. In gleichem Sinne äußerte sich der Leiter der Sowjetischen Kontrollkommission, Marschall (ujkov, am 19.9.1951 (Text: Dokumente zur Deutschlandpolitik der SU, S. 278f) aufgrund einer Weisung des Politbüros der KPSS (Bjørnstad, Soviet German policy, S. 103).

15 Text: Die Bemühungen der Bundesregierung um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten, Teil I: Oktober 1949 - Oktober 1953, (4. Aufl.), Bonn 1958, S. 40-43.

16 DDR-Regierungserklärung vom 10. Oktober 1951, in: Grotewohl, Im Kampf, S. 509-527.

17 DDR-Regierungserklärung vom 15. November 1951, ebd., S. 251-253.

18 Siehe insbes. auch den außenpolitischen Teil der DDR-Regierungserklärung vom 15. November 1951, in: Grotewohl, Im Kampf, S. 253-271.

Um die Forderung nach Berücksichtigung ihrer Vorstellungen zu unterstreichen, ließ die DDR-Regierung durch eine Kommission unter dem Vorsitz Ulbrichts den Entwurf eines gesamtdeutschen Wahlgesetzes ausarbeiten.²⁰ Das Ergebnis wurde am 9. Januar 1952 von der Volkskammer verabschiedet.²¹ Demnach konnten sich "alle demokratischen Parteien, Organisationen und Vereinigungen" zur Wahl stellen. Das zielte darauf ab, der SED so wie in der DDR die Möglichkeit zu geben, "gesellschaftliche Organisationen" ins Rennen zu schicken, die zwar nach außen hin überparteilich waren, aber von ihren Kadern geleitet wurden. Das Quorum von nur 20 Unterschriften pro Wahlkreis, das für die auf ostdeutscher Seite bereits vorhandenen Organisationen vorgegeben war (während sonst 500 beizubringen sein würden), diente dem doppelten Zweck, die Teilnahme der kommunistisch beherrschten Vereinigungen in der Bundesrepublik zu sichern und die Gründung von sozialdemokratisch und bürgerlich gesteuerten Gruppierungen in der DDR zu verhindern. Legte man die ostdeutschen Usancen zugrunde, waren alle von der Wahl auszuschließen, denen wegen fehlender Übereinstimmung mit der SED der "demokratische" Charakter abzusprechen war. Das aktive und passive Wahlrecht sollte allen versagt werden, die gerichtlich verurteilt waren oder sich in Untersuchungshaft befanden. Aufgrund einer derartigen Strafverfolgung sollte Gewählten das Mandat hinterher aberkannt werden; eine "nachträgliche Änderung des Wahlergebnisses" aus diesen und anderen Gründen wurde ausdrücklich vorgesehen. Nach diesen Bestimmungen war es zulässig, das Ergebnis der Wahlen sowohl bei der Durchführung als auch nachher mittels politischer Justiz massiv zu verändern. Die gleichmäßige Zusammensetzung des – durch die Gesamtdeutsche Beratung zu bildenden – Zentralen Wahlausschusses und der Unterausschüsse aus Vertretern aller Wahlbeteiligten zielte darauf ab, in den Gremien, die mit der Vorbereitung der Wahl und der Auszählung der Stimmen betraut werden würden, der SED über die von ihr beherrschten "gesellschaftlichen Organisationen" von vornherein die Mehrheit zu verschaffen.

Die Rolle der DDR bei Inszenierung der März-Note

Die Deutschland-Politik von UdSSR und DDR zu Beginn der fünfziger Jahre bietet ein Bild völliger Übereinstimmung. Die gemeinsamen Auffassungen wurden primär von Grotewohl artikuliert. Das war kein Zufall. Grotewohl war nicht nur als Ministerpräsident der DDR dazu berufen, den östlichen Standpunkt der deutschen Bevölkerung nahezubringen. Die Führung in Moskau sah ihn als früheren Sozialdemokraten, der die Ost-SPD in die SED eingebracht hatte und völlig in die Rolle des kommunistischen Spitzenkaders hineingewachsen war, für gesamtdeutsche Aufgaben als besonders geeignet an: Er war in der Öffentlichkeit nicht mit dem Ruch des alten Kommunisten behaftet, sondern schien eine mehr auf Ausgleich bedachte Linie zu vertreten. Er verschaffte Initiativen wie dem Appell an Bundeskanzler Adenauer vom 30. November 1950 und der Regierungserklärung vor der Volkskammer vom 15. September 1951 die bestmögliche Resonanz beim deutschen Publikum. Seine Stellungnahmen spiegeln daher in dieser Zeit den

19 Schreiben des DDR-Präsidenten Pieck an Bundespräsident Heuss, 2. November 1951, ebd., S. 56f.; Rede des sowjetischen Außenministers Vy(inskij vor der UNO-Vollversammlung, 13. November 1951, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik der SU, S. 280-287.

20 Protokoll der 49. außerordentlichen Sitzung der DDR-Regierung, 2. November 1951, BArchB, DC 20 I/3-76, Bl. 6f.; Protokoll der 62. Sitzung der DDR-Regierung (mit Anlagen), 3. Januar 1952, BArchB, DC I/3-88, Bl. 1-27.

21 Text in: Tägliche Rundschau, 10. Januar 1952.

sowjetischen Standpunkt authentisch wider. Insgesamt kam es dem Kreml darauf an, seine Politik als mit den Interessen und Bestrebungen des deutschen Volkes übereinstimmend zu legitimieren. Deshalb erschien es vielfach angebracht, das Vorgehen durch eine Aufforderung von deutscher Seite, durch die DDR-Regierung, einzuleiten. So wurde auch bei der Note vom 10. März 1952 verfahren.

Bald nachdem die Arbeit am Text begonnen worden war, legte der zuständige stellvertretende Außenminister der UdSSR, Gromyko, Anfang September 1951 Stalin einen entsprechenden Maßnahmenplan vor. Danach sollte sich die DDR-Regierung zunächst in Bonn um einen gemeinsamen Appell an die vier Besatzungsmächte bemühen, rasch einen Friedensvertrag mit Deutschland vorzubereiten und abzuschließen. Nach der vorherzusehenden Ablehnung wurde ein alleiniges ostdeutsches Ersuchen vorgesehen. Darauf würde die Sowjetunion zuerst positiv reagieren und dann nach einer gewissen Zeit den Westmächten eine entsprechende Konferenz vorschlagen und inhaltliche Vorschläge dafür unterbreiten. Wann dieses Programm in Gang zu setzen sei, wurde von einer künftigen Entscheidung im Lichte der dann eingetretenen Lage abhängig gemacht. Das Vorhaben wurde grundsätzlich gebilligt.²²

Die SED-Führung war mit der ihr zugedachten Rolle nicht zufrieden. Nach ihrer Auffassung konnte sich die UdSSR noch überzeugender als Verfechter des deutschen Interesses darstellen, wenn die DDR den in Moskau auszuarbeitenden Friedensvertragstext vorlege, der damit nicht von einer auswärtigen Regierung, sondern von der Volkskammer als legitimierter Vertretung des deutschen Volkes komme. Der Chef der Sowjetischen Kontrollkommission, General (ujkov, und sein Politischer Berater, Semenov, stimmten zu und leiteten den Vorschlag an das Außenministerium weiter. Gromyko reagierte mit heftiger Ablehnung. Es komme überhaupt nicht in Betracht, daß die Friedensregelung den Deutschen überlassen werden könne, auch wenn dies bloß nach außen hin geschehe. Die Volkskammer sei das Parlament eines besiegten Landes, das über die Bedingungen des abzuschließenden Friedens nicht zu befinden habe. Der Politiker hielt es zudem für unzweckmäßig, genaue Vertragsartikel zu unterbreiten. Allgemeine Prinzipien erfüllten nach seiner Ansicht den propagandistischen Zweck weit besser, weil sich da unpopuläre Auflagen hinter vagen Formulierungen verstecken ließen. Stalin, dem Gromyko sein Urteil empfehlend mitteilte, stimmte dieser Auffassung zu. Der Plan vom September wurde bestätigt mit der einzigen Ausnahme, daß man auf das damals vorgesehene anfängliche Ost-Berliner Ersuchen an die Bundesregierung verzichtete.²³ Das Ersuchen um beschleunigten Abschluß eines deutschen Friedensvertrages, mit dem die DDR die sowjetische Notenoffensive einzuleiten hatte, unterlag genauer Vorschrift. Die SED-Führung erhielt klare Vorgaben; der daraufhin angefertigte Entwurf ging zur Überprüfung nach Moskau; dort wurde der Text korrigiert; die so formulierte Note wurde am 13. Februar 1952 von der DDR den Vier Mächten zugeleitet. Die UdSSR erklärte eine Woche später programmgemäß,

22 Das Schreiben mit dem Vorschlag Gromykos liegt nicht vor. Sein Inhalt ist jedoch zu erschließen aus Bezugnahmen in folgenden Dokumenten: A. Gromyko an I.V. Stalin, o.D. [spätestens 21. Januar 1952], AVPRF, 07, 25, 13, 100, Bl. 26-37; A. Gromyko an I.V. Stalin, o.D., 25. Januar 1952, AVPRF, 082, 40, 255, 11, Bl. 14; A. Gromyko an I.V. Stalin, o.D., 28. Januar 1952, AVPRF, 07, 25, 13, 100, Bl. 38-51.

23 A. Gromyko an I.V. Stalin, o.D. [spätestens 21. Januar 1.1952], AVPRF, 07, 25, 13, 100, Bl. 26-37; A. Gromyko an I.V. Stalin, 23. Januar 1952, AVPRF, 082, 40, 255, 11, Bl. 14; Filitov, Sovetskij Sojuz, S. 331-333.

daß sie dem Wunsch entsprechen wolle.²⁴ Am 10. März übermittelte sie den drei westlichen Regierungen eine Note, in der sie die Bitte der DDR um beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland unterstützte und die Vorbereitung eines gemeinsamen Entwurfs anregte, der dann auf einer internationalen Konferenz allen interessierten Staaten vorgelegt werden könne.²⁵

Innenpolitische Wiedervereinigungsbedingungen

In dem sowjetischen Dokument wurde eine "Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung," vorgesehen, ohne daß in der Note oder in den vorgeschlagenen Friedensvertragsgrundsätzen ein Hinweis darauf enthalten gewesen wäre, wie die Vereinigung zustande kommen sollte. Die Erklärung dafür ist in dem weiter aufrechterhaltenen Standpunkt zu suchen, daß die Entscheidung über die Modalitäten des Zusammenschlusses Sache allein der beiden deutschen Staaten sei, die sich in der "Gesamtdeutschen Beratung" darüber einigen müßten.²⁶ Dementsprechend konnte die deutsche Einheit nicht aus freien Wahlen, sondern nur aus einer Verständigung mit der DDR hervorgehen. Was der SED-Führung annehmbar sein würde, sollte den Wiedervereinigungsprozeß bestimmen. Eine Erörterung der Frage bei den geforderten Vier-Mächte-Verhandlungen – also auch das im Westen vielfach erhoffte Tauschgeschäft Demokratie gegen Neutralisierung – wurde so von vornherein ausgeschlossen. Der Ausschluß eines *quid pro quo* geschah mit voller Absicht. In vorbereitenden Gesprächen zwischen Vertretern Moskaus und Ost-Berlins im Sommer 1951 war man sich von Anfang an darüber einig gewesen, daß Österreich mit seinen demokratischen Institutionen kein Modell für Deutschland sein dürfe. Stattdessen sollte die DDR-Regierung in allen Fragen der inneren Ordnung ein Veto besitzen.²⁷

Die UdSSR wollte freilich die Systemfrage nicht aus dem Friedensvertrag heraushalten. Es ging ihr vielmehr darum, in diesem Rahmen eine zusätzliche Gewähr dafür zu haben, daß sich Deutschland bei Erlangung der staatlichen Einheit zu einer "demokratischen" und "friedliebenden" Ordnung zu verpflichten hatte. Bei diesen Begriffen handelte es sich nach sowjetischem Verständnis um Kriterien mit "Klassencharakter", die nur der Charakterisierung des sozialistischen Systems dienen durften. Die "imperialistische" Ordnung des Westens hatte demgegenüber als

24 Filitov, *Sovetskij Sojuz*, S. 333-336; Bjørnstad, *Soviet German Policy*, S. 118-119. Texte der beiden Noten: *Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR*, 10 Bde, Bd. 1, [Ost-]Berlin 1954, S. 73-76; *Dokumente zur Deutschlandpolitik der SU*, S. 288.

25 Text in: *Pravda*, 11. März 1953 (russ. Originaltext) und *Dokumente zur Deutschlandpolitik der SU*, S. 289-293 (deutsche Übersetzung).

26 Siehe u.a. Erklärung des sowjetischen Außenministers Vyšinskij bei Entgegennahme der Antwortnote der Westmächte am 25. März 1952, berichtet von *Associated Press* aus Moskau, 27. März 1952; Sendung von Radio Moskau in Russisch am 25. März 1952, 9.25 Uhr GMT; V. Semenov an V.M. Molotov [rückschauende Darlegung], 2. Mai 1953, AVPRF, 082, 41 271, 18, Bl. 52-55; Wortprotokoll des 8. Plenums des Zentralkomitees der SED, 21.-23. Februar 1952, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/101, Bl. 5f; Protokoll der Sitzung des SED-Politbüros, 11. März 1952, SAPMO-BArch, IV 2/2/200; Rede von SED-Generalsekretär Ulbricht am 3. Mai 1952, in: Ulbricht, W., *Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*. Aus Reden und Aufsätzen, 10 Bde, Bd. IV, [Ost-]Berlin 1958, S. 336.

27 M. Gribanov an A.Ja. Vy(inskij, 15. August 1951, AVPRF, 082, 38, 250, 112, Bl. 14-16.

Quelle der Unterdrückung des Volkes und des Krieges zwischen den Völkern zu gelten. Konsequenterweise war in den Aussagen der UdSSR und der DDR von "Demokratie" und "Frieden" nur dann die Rede, wenn es um das eigene Lager und dessen System ging. Vor diesem Hintergrund erscheint die Klausel in den "Grundlagen" der März-Note für einen Friedensvertrag ominös, freie Betätigung dürfe nur den "demokratischen Parteien und Organisationen" eingeräumt werden, während allen Gruppierungen, die "der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind," ausdrücklich das Existenzrecht abgesprochen wurde. Dazu scheint in Widerspruch zu stehen, daß von Menschenrechten und Grundfreiheiten die Rede ist. Nach östlicher Praxis war jedoch dem wenig Bedeutung beizumessen, denn auch die Verfassung der DDR enthielt entsprechende Passagen, ohne daß die Bürger dadurch Schutz vor Repression erhalten hätten. Die hier gegebene Deutung wird durch die Entstehungsgeschichte der Note erhärtet. Im Erstentwurf vom 8. September 1951 hieß es, die in der DDR vollzogenen "demokratischen Umwandlungen" seien auf Gesamtdeutschland zu übertragen. In diesem Sinne sollte das Land der Verpflichtung unterliegen, "alle Hindernisse gegen die Wiederherstellung und Festigung der demokratischen Tendenzen innerhalb des deutschen Volkes zu beseitigen." Während den "demokratischen Parteien und Organisationen" das Recht freier Tätigkeit zugestanden wurde, sollten alle politischen Kräfte verboten werden, die sich gegen die volksdemokratische Linie wandten und für "Faschismus", "Militarismus" und "Revanchismus", d.h. für die westliche Politik, eintraten.²⁸

Der Text wurde fortlaufend überprüft und umgearbeitet. Die meisten Korrekturen brachte der außenpolitische Fachmann des Politbüros des CK der KPSS Molotov an, der die ihm immer wieder neu vorgelegten Fassungen mit großer Gründlichkeit durcharbeitete und mit vielen Randnotizen versah. Verschiedene Entwürfe kamen auch anderen Mitgliedern des Führungsgremiums, namentlich Berija, vor Augen.²⁹ Wenn der Abschluß des Friedensvertrags zuerst ausdrücklich davon abhängig gemacht worden war, daß das wiedervereinigte Deutschland die Ordnung der DDR übernahm, so wurde diese Aussage im weiteren Verlauf durch weniger klare Formulierungen allgemeineren Charakters ersetzt. Während die nachgeordneten Mitarbeiter, welche die ersten Entwürfe erstellten, ihre zutreffendes Problemverständnis zeigen wollten, legte man höheren Orts Wert auf Formulierungen, die zwar den Parteikadern eine richtige Orientierung vermittelten, aber zugleich von der Öffentlichkeit im Westen, vor allem in der Bundesrepublik, in ihrem Sinne aufgefaßt werden konnten. Eine allzu deutliche Aufklärung über die zugrundeliegenden Absichten widersprach dem propagandistischen Zweck. Wie

28 M. Gribanov an A.E. Bogomolov, 8. September 1951, AVPRF, 082, 38, 250, 112, Bl. 21-34.

29 M. Gribanov an A. A. Gromyko, 3. August 1951, AVPRF, 082, 38, 250, 112, Bl. 12f; M. Gribanov an A.Ja.Vy(inskij, 15. August 1951, AVPRF, 082, 38, 250, 112, Bl. 14-16; M. Gribanov an A.Ja. Vy(inskij, 27. August 1951, AVPRF, 082, 38, 250, 112, Bl. 27; M. Gribanov an A.E. Bogomolov, 15. September 1951, AVPRF, 082, 38, 250, 112, Bl. 28-34; M. Gribanov an A.E. Bogomolov, 8. September 1951, AVPRF, 082, 38, 250, 112, Bl. 35-40; M. Gribanov an A.Ja. Vy(inskij, 20. September 1951, AVPRF, 082, 38, 250, 112, Bl.41-47; A. Gromyko an I.V. Stalin, o.D. [Anlage zu einem Schreiben von A. Gromyko an V.I. Molotov, 21. Januar 1952], AVPRF, 07, 25, 13 100, Bl. 25-37 [Bezugnahme auf vorangegangene Zustimmung Stalins]; Egorova, *Evropejskaia bezopasnost'*, S. 66, 69, 74; Filitov, *Sovetskij Sojuz*, a.a.O, S. 319, 324-325.

intern erläutert wurde, war es deshalb angebracht, konkrete Forderungen durch ideologisch festgelegte Formeln zu ersetzen, die im Westen unverfänglich klangen.³⁰

Für manche westlichen Beobachter war es eine Überraschung, daß sich die UdSSR, die dem Kampf gegen "Faschismus" und "Militarismus" einen zentralen Stellenwert zuwies, in der Note für eine Rehabilitation der früheren Angehörigen der NSDAP und der Wehrmacht einsetzte. Diese beiden Personengruppen sollten, von den gerichtlich Verurteilten abgesehen, bis zu den höchsten Rängen "die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte wie alle anderen deutschen Bürger" erhalten. Weithin übersehen wurde dabei die damit verbundene Zwecksetzung (die auch als Kondition aufgefaßt werden konnte): "zur Teilnahme am Aufbau eines friedliebenden, demokratischen Deutschland". Diese Bestimmung findet sich noch nicht in den allerersten Entwürfen; sie wurde erst im Oktober in den Notentext eingefügt. Gleichwohl handelte es sich um eine alte Linie der sowjetischen Deutschland-Politik. Schon bei den ersten Wahlen in der SBZ 1946 hatte man sich um die "kleinen Nazis" bemüht.³¹ Am 31. Januar 1947 erklärte Stalin den Führern der ostdeutschen Kommunisten, man dürfe die früheren Faschisten nicht den bürgerlichen Parteien überlassen, sondern müsse sie zur SED herüberziehen. Da sie dazu nicht ohne weiteres zu bekommen seien, müsse man ihnen Hilfestellung geben und ihnen eine eigene Partei erlauben, die mit der SED zusammengehe.³² Das Konzept wurde im folgenden Jahr mit der Gründung der von kommunistischen Kadern geleiteten NDPD in die Praxis umgesetzt.³³ 1952 hatte der Kreml das zusätzliche Motiv, die ehemaligen Nationalsozialisten und Militärs für die intensiv propagierte ostdeutsche Wiederbewaffnung zu gewinnen.

Außenpolitische und militärische Wiedervereinigungsbedingungen

Das sowjetische Verlangen, das vereinigte Deutschland müsse sich dazu verpflichten, "keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat," entsprach einer im Westen verbreiteten Erwartung. Es wurde freilich keine Gegenleistung dafür in Aussicht gestellt. Zudem ging die Forderung über einen bloßen Allianzverzicht weit hinaus. Sie schloß außenpolitische Bindungen generell aus. So wurde in den Frühfassungen der Note etwa die Montan-Union ausdrücklich für unzulässig erklärt.³⁴ Diese – mit dem Adjektiv "unabhängig" verbrämte – Souveränitätsbeschränkung betraf faktisch nur das Verhältnis zu den westlichen Ländern. Denn das vereinte Deutschland sollte ja das sowjetische System und folglich auch das kommunistische Regime der DDR annehmen, das auf informelle Weise eng an die UdSSR gebunden war.

Nachdem die östliche Seite den "Kampf gegen die westliche Spalterpolitik" seit 1950 mit dem "Kampf gegen die Remilitarisierung" in der Bundesrepublik verknüpft hatte, war es eine Überraschung, daß für das vereinte Deutschland künftig "eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte)" und die "Erzeugung von Kriegsmaterial und -ausrüstung" vorgesehen wurden, auch wenn beides nicht über

30 Hierzu näher A. Gromyko an I.V. Stalin, o.D. [Anlage zu einem Schreiben von A. Gromyko an V.I. Molotov, 21. Januar 1952], AVPRF, 07, 25, 13, 100, Bl. 25-37; Filitov, *Sovetskij Sojuz*, S. 324-325; Bjornstad, *Soviet German policy*, S. 111.

31 Leonhard, W., *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, Köln u.a. 1955, S. 446-448.

32 Volkov, V., *Uzlovyje problemy novej(ej istorii stran Central'noj i Jugo-Vosto(noj Evropy)*, Moskau 2000, S. 125-127.

34 M. Gribanov an A.E. Bogomolov, 8. September 1951, AVPRF, 082, 38, 250, 112, Bl. 21-34.

die Verteidigungserfordernisse hinausgehen und vertraglicher Beschränkung unterliegen sollte. Der Anlaß für diese erst im Oktober 1951 formulierte Bestimmung ist in der DDR zu suchen. Dort hatte die Besatzungsmacht schon Mitte 1948 mit der Aufstellung militärischer Einheiten begonnen.³⁵ Im Laufe der Jahre hatte sich die fehlende öffentliche Anerkennung, die mit der geübten Geheimhaltung verbunden war, als ein empfindliches psychologisches Konsolidierungshemmnis erwiesen. Zudem war Stalin Anfang 1952 zu der Ansicht gelangt, daß die deutsche Einheit vorerst nicht zu erreichen sei. Wie er den SED-Führern erklärte, hatte er daraus den Schluß gezogen, die DDR zu einem vollen Staat auszubauen, der auch über eine Armee verfügen müsse.³⁶ Es setzte eine intensive Kampagne für "nationale Streitkräfte" in der ostdeutschen Öffentlichkeit ein. Die sowjetische Note erhielt dabei die Funktion einer politischen Legitimation. Gleichzeitig wurden die Truppenverbände vermehrt und umstrukturiert.³⁷

Zweckbestimmung der März-Note

Die erwähnten Äußerungen Stalins gegenüber den SED-Führern zeigen, daß es ihm nicht um direkte Schritte zur Wiedervereinigung ging. Es stellt sich die Frage, welche sonstige Absicht dahinter stand. Sollten, wie man in den westlichen Hauptstädten fürchtete, Verhandlungen angeknüpft und dann ohne Ergebnis in die Länge gezogen werden, um die vor dem Abschluß stehenden Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Bundesrepublik über deren Beitrag zur westeuropäischen Verteidigung zu torpedieren? Nach den bisher zugänglichen sowjetischen

33 S. Tjul'panov an M. Gribanov, 8. Dezember 1947, AVPRF, 082, 34, 154, 79, Bl. 2-4; A. Smirnov an V.S. Semenov, 26. Januar 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 33; 3. Europ. Abt. des sowj. Außeministeriums, Polo(enie v ChDS, 19. März 1948, AVPRF, 0457a, 5, 33, 27, Bl. 65-68; S. Tjul'panov, Zame(anija po spravke "O polo(enii v ChDS", 19. März 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 61f; S. Tjul'panov an L. Baranov im ZK der VKP(b), 24. März 1948, RGASPI, 17, 128, 568, Bl. 8f.; S. Tjul'panov an L. Baranov im CK der VKP(b), 7. Mai 1948, RGASPI, 17, 128, 568, Bl. 103-105; S. Tjul'panov, Polo(enie v ChDS sovetskoj zony i Berlina, 3. Mai 1948, RGASPI, 17, 128, 568, Bl. 62-87; S. Tjul'panov an V. Semenov, 7. Mai 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 99-102; Bur(uaznye partii sovetskoj zony okkupacii Germanii (po materialam PV GSOV v Germanii), 24. Mai 1948, RGASPI, 17, 128, 568, Bl. 127-135; S. Tjul'panov an V. Sem(nov, 25. Mai 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 113; S. Tjul'panov an L. Baranov im CK der VKP(b), 28. Mai 1948, RGASPI, 17, 128, 568, Bl. 136-138; Aufzeichnung von Oberst Tjul'panov für L. Baranov im CK der VKP(b), o.D. [Ende Mai 1948], RGASPI, 17, 128, 568, Bl. 140-145; S. Tjul'panov, O caractere i zada(ach NDPG, L. Baranov im CK der VKP(b) am 12. Juni 1948 zugeleitet, RGASPI, 17, 128, 568, Bl. 146-157; S. Tjul'panov an V. Semenov, 16. September 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 185-189; Major Mamontov [Stellv. Tjul'panovs] an V. Semenov, 6. September 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 183f; S. Tjul'panov an V. Semenov, 29. September 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 190-195; Trechletnij opyt raboty Upravlenija informacii SVAG (oktjabr' 1945 - oktjabr' 1948gg.) [Die Kenntnis dieses Dokument aus Beständen des RGASPI verdanke ich Hermann-Josef Rupieper], Bl. 62-87.

35 Wettig, G., "Neue Erkenntnisse aus sowjetischen Geheimdokumenten über den militärischen Aufbau in der SBZ/DDR 1947 – 1952", in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 53 (1994), Heft 2, S. 400-408, 412-417.

36 Volkov, Uzlovyje problemy, S. 142-147.

37 Wettig, Neue Erkenntnisse, S. 408-412.

Archivdokumenten kann das nicht der Fall gewesen sein: Gromyko ging in seinen Schreiben an Stalin davon aus, daß die westlichen Regierungen das Verhandlungsangebot ablehnen würden. Als er ein einziges Mal die Möglichkeit erwog, daß die Offerte vielleicht doch angenommen werden könnte, galt seine Sorge dem Bemühen, wie man dagegen vorgehen könnte.³⁸ Mit diesem Befund stimmt überein, was Semenov in vertrautem Kreis erzählte. Außenpolitische Ratgeber – neben ihm selbst darf man vor allem Vy(inskij, Molotov und Berija vermuten – hätten Stalin zugeredet, dem Westen Verhandlungen über Deutschland anzubieten, und betont, eine Annahme des Vorschlags stehe nach sicherer Erkenntnis des Auslandsgeheimdienstes nicht zu erwarten. Eine solche Offerte könne aber dazu dienen, beim deutschen Publikum einen propagandistischen Erfolg zu erzielen. Der Generalissimus sei jedoch mißtrauisch gewesen und habe befürchtet, die westlichen Regierungen könnten vielleicht doch akzeptieren. Gleichwohl habe er sich einverstanden erklärt mit dem ominösen Hinweis, die Ratgeber würden im Falle ihres Irrtums zur Rechenschaft gezogen werden.³⁹ Als Bestätigung kann gelten, daß Außenminister Vy(inskij die ablehnende Antwort der Westmächte auf das Verhandlungsangebot mit sichtlicher Freude in Empfang nahm.⁴⁰

Die März-Note richtete sich demnach nur der Form nach an die westlichen Regierungen. Der eigentliche Adressat war die deutsche, vor allem die westdeutsche Öffentlichkeit. Das kam nicht nur darin zum Ausdruck, daß die Überlegungen von Anfang an eine sofortige Publikation vorsahen. Gromyko hob in seinen Schreiben an Stalin immer wieder die "mobilisierenden Wirkungen" und die "mächtigen Impulse" beim Ringen um das deutsche Volk hervor, die er sich von der diplomatischen Initiative versprach.⁴¹ Dieser Vorstellung entsprach das Handeln: Unter Bezugnahme auf die Note setzten die SED und KPD eine großangelegte Kampagne in Gang, deren Kern die These war, daß sich UdSSR und DDR das nationale Interesse an der Wiedervereinigung zu eigen gemacht hätten, während die Westmächte und ihr Lakai Adenauer die Spaltung des Landes betrieben. Die praktische Schlußfolgerung lautete, daß sich alle guten Deutschen aus patriotischem Antrieb dem Kampf des Ostens gegen den Westen anschließen müßten.

Das Schlüsseldokument, das die Wiedervereinigungspropaganda der kommunistischen Kader in der deutschen Öffentlichkeit bestimmte, war die Regierungserklärung Grotewohls vor der DDR-Volkskammer am 14. März 1952. Nach den Gepflogenheiten in sowjetisch-ostdeutschen Verhältnis während der Stalin-Zeit⁴² ist davon auszugehen, daß dem Text detaillierte Instruktionen aus Moskau zugrunde lagen.

38 A. Gromyko an I.V. Stalin, o.D. [spätestens 21. Januar 1952], AVPRF, 07, 25, 13, 100, Bl. 26-37.

39 Nachwort von Julij Kvicinskij in: Semjonow W. [Semenov, V.], Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939-1991, Berlin 1995, S. 392.

40 Bericht der amerikanischen Botschaft in Moskau, 25. März 1952, lt. Graml, H., "Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Zur sowjetischen Notenkampagne des Jahres 1952", in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 29 (1981), S. 329.

41 Siehe insbes. A. Gromyko an I.V. Stalin, o.D. [spätestens am 21. Januar 1952], AVPRF, 07, 25, 13, 100, Bl. 26-37; A. Gromyko an I.V. Stalin, 23. Januar 1952, AVPRF, 082, 40, 255, 100, Bl. 14; A. Gromyko an I.V. Stalin, 28. Januar 1952, AVPRF, 07, 25, 13, 100, Bl. 38-51; A. Gromyko an I.V. Stalin, 15. Februar 1952, AVPRF, 07, 25, 13, 100, Bl. 160. Analog: M. Gribanov an V. (ujkov / V. Semenov, o.D., AVPRF, 082, 40, 255, 100, Bl. 10f.

Gerhard Wettig

Quellen- und Literaturhinweise

- Badstübner, R., Loth, W. (Hg.), Wilhelm Pieck - Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994.
- Bailey, G., Kondraschow [Kondrašov], S., Murphy, D. E., Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997.
- Cholodnaja vojna. Novye podchody – novye dokumenty, Moskau 1995.
- Die Deutschlandfrage von der staatlichen Teilung Deutschlands bis zum Tode Stalins, Berlin 1994 (=Studien zur Deutschlandfrage Bd. 13).
- Dokumente zur Deutschlandpolitik, hg. vom Bundesministerium des Innern, Reihe II, 3 Bde Frankfurt am Main 1991-1997.
- Filitov, A., Sovetskij Sojuz i germanskij vopros: ot raskola k ob-edineniju, Moskau 1993.
- Gori, F., Pons, S. (Hg.), The Soviet Union and Europe in the Cold War, 1943-53, London u.a. 1996.
- Mastny, V., The Cold War and Soviet Insecurity. The Stalin Years, New York 1996.
- Volkov, V., Uzlovye problemy novejshej istorii stran Central'noj i Jugo-Vostocnoj Evropy, Moskau 2000.
- Wettig, G., Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945-1955, München 1999.

Regierungserklärung zur Note der Sowjetregierung an die Westmächte über den Friedensvertrag mit Deutschland, 14. März 1952

Das Präsidium der Volkskammer hat Sie, als die gewählten Vertreter des Volkes, zusammengerufen, um in einer neuen Situation zu den Schicksalsfragen der deutschen Nation und zu den Fragen der Sicherung des Friedens in Europa Stellung zu nehmen. Die am Dienstag veröffentlichte Note der Sowjetregierung an die Westmächte und der gleichzeitig unterbreitete Entwurf der Sowjetregierung für einen Friedensvertrag mit Deutschland hat die Lage in internationalem Maßstabe, wie auch für das deutsche Volk, grundlegend geändert.

Während die Aufrüstungskonferenzen und Aufrüstungsmaßnahmen der Westmächte die unruhvolle Spannung in der Welt immer mehr steigern, während die regierenden Kreise in Westdeutschland gegen den eindeutig geäußerten Willen des deutschen Volkes unbeirrt ihre verbrecherischen Kriegspläne weiterverfolgen und damit Deutschland in den Herd eines Bruderkrieges verwandeln wollen, kommt aus Moskau der klar formulierte Vorschlag der friedlichen Lösung des Deutschlandproblems und der Sicherung des europäischen Friedens, ein Vorschlag, der bei gutem Willen sofort eine Lösung der dringenden Probleme Europas möglich macht.

Mit diesen Vorschlägen der Regierung der Union der Sozialistischen

42 Zur Frage der sowjetischen Einflußnahme auf die SED-Führung: Bonwetsch, B., "Sowjetische Politik in der SBZ 1945-1949", in: Bonwetsch, B., Bordjugov, G., Naimark, N. M. (Hg.), "Sowjetische Politik in der SBZ 1945-1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov", in: Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 20, S. XIX - LIX; Wettig, G., "Treue Dienste für den Kreml. Zur Rolle der KPD/SED in der sowjetischen Deutschland-Politik 1945-1952", in: Deutschland Archiv, 2000, Nr. 3, S. 399-416.

Sowjetrepubliken ist der Kampf um den Abschluß eines Friedensvertrages und damit im Zusammenhang der Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in ein höheres Stadium eingetreten.

Wenn die Inspiratoren eines neuen Weltkrieges, die zugleich die Feinde der deutschen Einheit sind, trotz besseren Wissens immer wieder die Ausrede vorbrachten, die Sowjetregierung habe sich zu den Fragen des Friedensvertrages und der deutschen Einheit bisher nicht geäußert, so hat mit der jüngsten Note der Sowjetregierung diese Ausrede auch den letzten Schein einer Begründung verloren. Die Sowjetregierung hat ihre früheren zustimmenden Erklärungen in ihrer Note vom 10. März so eindeutig unterstrichen, daß nunmehr weder die Westmächte noch Bonn einer klaren Antwort ausweichen können.

In den ersten Kommentaren der westlichen Regierungskreise wie auch der amerikahörigen Presse wird die Note und der Entwurf der Sowjetregierung als ein "Manöver" bezeichnet, das den Zweck befolgt, die Eingliederung Westdeutschlands in die "europäische Integration", den Generalvertrag und die Errichtung einer faschistischen Wehrmacht in Westdeutschland zu verhindern.

Aber das ist doch kein Manöver, sondern der offen und ehrlich geäußerte Wille der Sowjetregierung. In dem Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland heißt es doch ausdrücklich:

"Die Notwendigkeit, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen, wird dadurch diktiert, daß die Gefahr einer Wiederherstellung des deutschen Militarismus, der zwei Weltkriege entfesselt hat, nicht beseitigt ist, weil die entsprechenden Beschlüsse der Potsdamer Konferenz immer noch nicht durchgeführt sind. Ein Friedensvertrag mit Deutschland soll gewährleisten, daß ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus und einer deutschen Aggression unmöglich wird."¹

Es geht der Sowjetregierung in der Tat darum, ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus und einer deutschen Aggression unmöglich zu machen. Es geht ihr darum, eine friedliche Lösung der Deutschlandfrage herbeizuführen und damit den Frieden in Europa zu festigen und zu sichern.

In diesem Bestreben kann sich die Sowjetregierung der vorbehaltlosen und energischen Unterstützung aller friedliebenden Deutschen und darüber hinaus aller friedfertigen Menschen in Europa sicher sein! Denn die friedliche Lösung der deutschen Frage bedeutet die Sicherung des Friedens in Europa.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat bereits in ihrem Briefe vom 13. Februar 1952, in dem sie die Initiative zum beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ergriff, darauf hingewiesen, daß der Friedensvertrag "die friedliche Entwicklung des deutschen Staates ermöglichen und im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes den Frieden in Europa erhalten und sichern"² würde. Leider hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auf ihre Bitte zum beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland von den Westmächten eine Antwort noch nicht erhalten. Auch die Bonner Regierung hat sich diesem Appell bis jetzt nicht angeschlossen. Das ablehnende Schweigen auf diesen Appell ist von den Massen des deutschen Volkes mit Recht als das Eingeständnis dafür empfunden worden, daß die Westmächte und die Bonner Regierung den Abschluß eines Friedensvertrages zu verhindern suchen, um durch den Abschluß des Generalvertrages ihre Aggressionspläne zur Bedrohung des europäischen Friedens

1 Neues Deutschland vom 11. März 1952.

2 Neues Deutschland vom 14. Februar 1952.

voranzutreiben.

Mit größter Dankbarkeit und Genugtuung haben die deutschen Patrioten und die friedliebenden Menschen in allen europäischen Ländern daher von der zustimmenden Antwort der Sowjetregierung vom 20. Februar auf den Brief der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik Kenntnis genommen, in dem die Sowjetregierung wiederum betont, "daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland für die Festigung des Friedens in Europa die größte Bedeutung hat"³.

In dem gleichen Antwortschreiben hatte die Sowjetregierung zugesichert, sie will "ihrerseits alles, was möglich ist, tun, um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates zu beschleunigen"⁴.

Es sind noch keine drei Wochen verstrichen, und schon hat die Sowjetregierung ihr Versprechen erfüllt und mit ihrem Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland den entscheidenden Schritt zur praktischen Verwirklichung der Ziele getan, die in dem Brief der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Februar gesteckt wurden.

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erklärt in ihrer Note an die drei Westmächte, daß sie

"das Schreiben der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit der an die vier Mächte gerichteten Bitte um Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland unterstützt"⁵.

Sie kleidet diese Unterstützung in den konkreten Vorschlag an die Großmächte, unverzüglich die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erwägen, damit in nächster Zeit ein vereinbarter Friedensvertragsentwurf vorbereitet und einer entsprechenden internationalen Konferenz unter Beteiligung aller interessierten Staaten zur Prüfung vorgelegt wird. Gleichzeitig erklärt es die Sowjetregierung für selbstverständlich, daß ein solcher Friedensvertrag unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, ausgearbeitet werden soll.

Damit hat der Kampf der deutschen Patrioten um den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages und die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates eine so tatkräftige und wirksame Unterstützung erfahren, wie sie die kühnsten Erwartungen nicht zu erhoffen wagten. Wiederum hat sich das Sowjetvolk in historischer Stunde als der gute und treue Freund des deutschen Volkes erwiesen. Ich spreche im Namen aller deutschen Patrioten, die sich nach Frieden und Einheit für ihr Vaterland sehnen, wenn ich von dieser Stelle aus dem Sowjetvolk und der Sowjetregierung für diese große Hilfe unseren tief empfundenen Dank ausspreche.

Die selbstlose Freundschaft der Sowjetunion zum deutschen Volke findet besonders in der Tatsache ihren Ausdruck, daß das deutsche Volk in der Note der Sowjetregierung und in ihrem Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland als gleichberechtigter Partner behandelt wird. Nach dem ersten Weltkriege wurde dem deutschen Volke der Versailler Vertrag, an dessen Ausarbeitung kein Deutscher beteiligt war, diktiert. Nach dem zweiten Weltkrieg haben die imperialistischen Westmächte den Generalvertrag und die Zusatzabkommen im Dunkel der Geheimdiplomatie ausgebrütet und versuchen, diese verderbenbringenden Pläne der westdeutschen Bevölkerung aufzuzwingen, ohne daß bevollmächtigte Vertreter des deutschen Volkes seine Interessen wahrnehmen können. Da wo sie es konnten,

3 Neues Deutschland vom 21. Februar 1952.

4 Ebenda.

5 Neues Deutschland vom 12. März 1952.

geschah es lediglich in der Weise, daß an den Formalien dieses zum Vernichtungskriege führenden Vertragswerkes Kritik geübt wurde. Die wirklichen Zusammenhänge wurden der westdeutschen Bevölkerung nur von der Kommunistischen Partei Deutschlands aufgedeckt.

Die Note der Sowjetregierung betont ausdrücklich, daß die Ausarbeitung des Friedensvertrages unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, erfolgen soll. In dieser Forderung findet die Achtung des Sowjetvolkes vor dem deutschen Volke ihren Ausdruck, die Stalin bereits zu einer Zeit erklärt hat, als die Westmächte Pläne zur Vernichtung Deutschlands verfolgten. Auch hieran ermahnen wir, wer unser wirklicher Freund ist.

In den Erklärungen und Kommentaren zu der Note und dem Entwurf der Sowjetregierung wurde von westlicher Seite auch die Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck gebracht, daß der sowjetische Vorschlag auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens beruht. Auch in diesen Kommentaren zeigt sich nur der Wille, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland hinauszuschieben und die Spaltung Deutschlands aufrechtzuerhalten. Denn es gibt keine andere völkerrechtsgültige Grundlage für die Regelung der deutschen Frage als das Potsdamer Abkommen, das neben der Unterschrift von Stalin die Unterschriften von Truman und Attlee trägt und an dessen Ausarbeitung auch der derzeitige Premierminister Winston Churchill mitgearbeitet hat. Alle einseitigen separaten Abkommen, die von Adenauer im Namen der Bundesregierung unterzeichnet oder auch vom Bundestag bestätigt wurden, wie beispielsweise der Schumanplan, besitzen für Gesamtdeutschland keinerlei völkerrechtliche Gültigkeit. Sie werden vom deutschen Volke niemals anerkannt werden! Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands kann keine andere Rechtsgrundlage haben als das Potsdamer Abkommen.

Die von der Sowjetregierung vorgeschlagenen "Grundlagen des Friedensvertrages mit Deutschland" stellen den konkreten Weg dar, auf dem rasch eine friedliche Lösung der deutschen Frage herbeigeführt werden kann. Sie bieten die Möglichkeit, den seit sieben Jahren andauernden unnormalen Zustand zu beenden, daß Deutschland noch immer keinen Friedensvertrag hat. Sie ermöglichen es, die Spaltung Deutschlands zu überwinden und das deutsche Volk aus seiner unhaltbaren Lage als nicht gleichberechtigte Nation herauszuführen. Gleichzeitig entsprechen die von der Sowjetregierung vorgeschlagenen Grundlagen eines Friedensvertrages den elementarsten Lebensinteressen der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes selbst. Sie bieten dem deutschen Volke die Möglichkeit, den Weg des friedlichen Aufstieges zu Wohlstand und Glück zu beschreiten.

Die politischen Leitsätze fordern die Beseitigung der Spaltung und die Wiederherstellung des einheitlichen deutschen Staates, der die Möglichkeit hat, sich als unabhängiger, demokratischer und friedliebender Staat zu entwickeln.

Man kann keinen Friedensvertrag mit Deutschland abschließen, ohne die Einheit Deutschlands wieder hergestellt zu haben. Zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlichem Wege ist das gegenseitige Verständnis unter den Deutschen selbst notwendig. Freie Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung sind der kürzeste Weg zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Entwürfe von Wahlgesetzen zur Durchführung gesamtdeutscher demokratischer Wahlen sind schon vorhanden, und in vielen grundlegenden Fragen stimmen diese Entwürfe sogar überein. Es besteht also die reale Möglichkeit, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen, freie demokratische Wahlen in ganz Deutschland durchzuführen und eine demokratische gesamtdeutsche Regierung zu

bilden, die an der Vorbereitung und Unterzeichnung des Friedensvertrages teilnehmen könnte.

Der Entwurf der Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland, den die Sowjetregierung entworfen hat, sieht nicht nur die Beseitigung der zur Zeit bestehenden Spaltung Deutschlands vor, sondern auch die Festigung seiner staatlichen Einheit auf friedlichen und demokratischen Grundlagen. Dem deutschen Volk ist die Idee der Einheit und des Friedens unter den Völkern eine hohe Verpflichtung und eine teure Erkenntnis. Die friedliche Vereinigung Deutschlands, die nach dem Willen des deutschen Volkes durchgeführt und durch die Beschlüsse eines Friedensvertrages gefestigt würde, wäre ein mächtiger Schlag gegen die Pläne der Vorbereitung und Entfesselung eines Krieges in Europa und ein bedeutender Beitrag zur Sache der Sicherung eines festen und dauerhaften Friedens unter den Völkern.

Diese Grundlage entspricht den Forderungen der deutschen Patrioten, die seit Jahren um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage kämpfen und drückt das elementarste Lebensinteresse des deutschen Volkes aus.

Auch die Forderung auf Abzug sämtlicher Streitkräfte der Besatzungsmächte aus Deutschland innerhalb eines Jahres und auf Liquidierung aller ausländischen Militärstützpunkte auf deutschem Territorium entspricht dem tiefen Sehnen des deutschen Volkes.

Wo findet sich ein Deutscher, der nicht aus vollem Herzen dieser Forderung zustimmen würde? Besonders die westdeutsche Bevölkerung, der immer größere Besatzungskosten aufgebürdet werden und die die entwürdigende Einmischung der Besatzungstruppen in die inneren deutschen Angelegenheiten immer drückender empfindet, wird diese Forderung des sowjetischen Vorschlages aufs wärmste begrüßen.

Die in dem Vorschlag der Sowjetregierung enthaltenen Forderungen auf die demokratische Gestaltung des einheitlichen Deutschlands entsprechen nicht nur den Bedingungen des Potsdamer Abkommens, sondern sind selbstverständliche Forderungen jedes demokratisch empfindenden Menschen und jedes demokratischen Staates. Wenn die Gegner des Friedens und der Einheit Deutschlands immer wieder die Lüge kolportieren, in der Deutschen Demokratischen Republik gäbe es keine demokratische Freiheit, nur der Westen habe Freiheit und Demokratie gepachtet, so genügt eine einfache Gegenüberstellung der Tatsachen, um den wahren Sachverhalt klarzustellen. In der Deutschen Demokratischen Republik wurde dem Volke die Möglichkeit gegeben, über die lebenswichtige Frage der Remilitarisierung frei abzustimmen, während in Westdeutschland die Volksbefragung rechtswidrig verboten wurde.

In der Deutschen Demokratischen Republik ist eine Regierung, die vom Vertrauen aller Volkskreise getragen ist, während in Westdeutschland ein Kanzler unter Mißachtung des Volkes und des Parlaments schicksalsschwere Entscheidungen trifft, der seine Legitimation nur aus seiner eigenen Stimme ableitet. In der Deutschen Demokratischen Republik genießt jeder Bürger ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion, die allgemeinen und gleichen demokratischen Rechte und Freiheiten, nur Feinde der Demokratie und des Friedens, Agenten und Saboteure werden in ihrer Freiheit beschränkt. In Westdeutschland hingegen genießen faschistische Kriegsverbrecher und Antisemiten alle Freiheiten und können neue faschistische Parteien bilden, während Friedenskämpfer verfolgt und demokratische Organisationen unterdrückt werden.

Die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß die aggressiven militaristischen und faschistischen Kräfte in Deutschland sich nur entwickeln und ihre verbrecherischen,

räuberischen Pläne gegen die anderen Völker nur durchführen konnten auf dem Wege der Unterdrückung der demokratischen Freiheiten, auf dem Wege der Entfaltung des nationalen und des Rassenhasses unter den Völkern, auf dem Wege der Errichtung einer Diktatur über die erdrückende Mehrheit des Volkes.

Es ist doch für uns alle klar, daß der Militarismus und der Revanchegeist, der in Westdeutschland sein Haupt erhebt, sich bereits jetzt schon wieder auf dem Wege des Angriffs auf die demokratischen Freiheiten des deutschen Volkes befindet. Die verfassungsfeindlichen Handlungen des Bonner Kanzlers Adenauer, der hinter dem Rücken des deutschen Volkes mit den Oberkommissaren Verhandlungen über den Abschluß eines versklavenden und krieglerischen Generalvertrages führt, die Verfolgungen der Anhänger des Friedens und der Demokratie in Westdeutschland zeugen von der Entwicklung zu einer offenen Militärdiktatur. Das zeigt uns aber auch, wie notwendig die Errichtung eines wirklich friedliebenden Deutschlands ist, in dem allen deutschen Bürgern demokratische Freiheiten und die Gleichberechtigung ohne Unterschied der Rassen, des Geschlechts oder der Religion gewährleistet sind und in dem die freie Tätigkeit der demokratischen Parteien und Organisationen sowie die Presse- und Verlagsfreiheit gesichert sein müssen.

Von selbst versteht sich, daß ferner Maßnahmen getroffen werden müssen, die die Tätigkeit von Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, ausschalten. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß die Existenz eines solchen friedliebenden und demokratischen Deutschlands den Interessen aller anderen Völker Europas und insbesondere den Interessen seiner Nachbarn, die mehr als einmal unter der räuberischen Aggression des deutschen Imperialismus zu leiden hatten, entspricht. Ich möchte dies insbesondere unterstreichen in bezug auf Frankreich, dessen Volk aus verständlichen Gründen besorgt ist und jeder Möglichkeit der Wiedergeburt Deutschlands als aggressive Kraft vorzubeugen wünscht. Der Weg zur Schaffung eines neuen, friedlichen Deutschlands ist der Weg der Demokratie und der Verhütung der Entwicklung des deutschen Militarismus.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt darum die in dem Entwurf der Sowjetregierung niedergelegten Grundlagen für die demokratische Gestaltung eines einheitlichen Deutschlands, die den Wünschen des deutschen Volkes entsprechen und in der Losung ihren Ausdruck finden:

Einheit in Frieden und Freiheit!

Ebenso begrüßt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik den Vorschlag, Deutschland die Verpflichtung aufzuerlegen, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.

Auch diese Forderung entspricht den Wünschen des deutschen Volkes, das gewillt ist, den alten Weg der Eroberungskriege zu verlassen und nichts sehnlicher will, als in friedlicher Arbeit die Wunden des Krieges zu heilen und Wohlstand und Glück zu erlangen.

Vom internationalen Rechtsstandpunkt und von unserem eigenen Standpunkt aus ist die Verpflichtung Deutschlands, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat der Teilnehmer am Friedensvertrag richten, als natürlich und gerecht zu bezeichnen. Angesichts der bekannten Versuche aggressiver Kräfte, die Besetzung des westlichen Teiles Deutschlands auszunutzen zu einer Einbeziehung in die Vorbereitungen eines neuen Weltkrieges, hat das deutsche Volk allen Grund, einen solchen Beschluß zu fordern. Ein neuer Weltkrieg, das weiß nun bereits das gesamte deutsche Volk, bedeutet einen Bruderkrieg Deutscher gegen Deutsche und bedeutet die völlige Zerstörung Deutschlands. Der Sinn der sogenannten Integration Europas besteht ja gerade

darin, dem deutschen Volke Koalitionen und Bündnisse aufzuzwingen, die das deutsche Volk in die Konflikte der ganzen Welt hineinzerren können. Wir müssen es laut und vernehmlich immer wieder sagen, das deutsche Volk wünscht nicht, in internationale Konflikte hineingezerrt zu werden, die den amerikanischen und anderen Kriegshetzern in Europa oder sonstwo in der Welt vorbereitet werden. Wir wollen außerhalb dieser Konflikte bleiben und damit gleichzeitig die Sache des Friedens in Europa verteidigen. Darum lehnt das deutsche Volk die Pläne der Einbeziehung Deutschlands in eine Koalition oder in Militärbündnisse ab, die sich gegen irgendeinen Staat richten.

Die in dem Entwurf der Sowjetregierung vorgeschlagene Regelung der territorialen Fragen auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse stellt die einzige reale Lösung dieser Frage dar. Die Großmächte haben sich im Potsdamer Abkommen über die Grenzen Deutschlands geeinigt.

In enger Zusammenarbeit mit der Regierung Polens ist die Oder-Neiße-Grenze zu einer wirklichen Friedensgrenze zwischen Deutschland und Polen geworden. Es wird keiner chauvinistischen Hetze mehr gelingen, das enge Freundschaftsbündnis zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk zu trüben. Im ureigensten Interesse des deutschen Volkes werden wir alles tun, um zu verhindern, daß diese von den vier Großmächten festgelegte Grenze der Anlaß zu einem dritten Weltkriege wird.

Andererseits erklärt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, daß die Losreißung des Saargebietes von Deutschland mit keinem einzigen Wort Gegenstand des Potsdamer Abkommens ist, den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens widerspricht und daher keine Rechtskraft besitzt. Das bedeutet also, daß das Saargebiet ein untrennbarer Bestandteil Deutschlands ist und bleibt und allein unter die Hoheit der deutschen Regierung gestellt werden muß.

Mit besonderer Genugtuung begrüßt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die in dem sowjetischen Entwurf enthaltenen wirtschaftlichen Leitsätze. Der Grundsatz, der deutschen Friedenswirtschaft, dem Handel Deutschlands mit anderen Ländern und der deutschen Seeschifffahrt keinerlei Beschränkung aufzuerlegen und Deutschland freien Zutritt zum Weltmarkt zu gewähren, eröffnet dem deutschen Volke die große Perspektive eines friedlichen wirtschaftlichen Aufstieges in engster Zusammenarbeit mit allen anderen Völkern. Das große Beispiel des wirtschaftlichen Aufbaus in der Deutschen Demokratischen Republik, die erfolgreiche Verwirklichung unseres Fünfjahrplans, die engen wirtschaftlichen Beziehungen zu den volksdemokratischen Ländern zeigen die großen Möglichkeiten auf, die sich einem geeinten Deutschland im friedlichen Warenaustausch mit allen anderen Ländern bieten.

Uns allen sind die Pläne zur Herstellung einer unbegrenzten Herrschaft der einen oder anderen Mächtigkeitsgruppe auf dem internationalen Markt bekannt. Diese Machtansprüche dienen lediglich dazu, den maximal möglichen Profit für die großen Finanzherren und Industriellen dieser Länder herauszuholen.

Diese Gruppierungen sind bestrebt, die Tatsache der militärischen Niederlage Hitlerdeutschlands zur Unterdrückung des deutschen Außenhandels und zur Verhinderung der Verbreitung der Friedensproduktion der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt auszunutzen. Hieraus entstehen auch die Pläne, Deutschland von den östlichen und südöstlichen Märkten, die immer die natürlichen Absatzgebiete Deutschlands waren, abzuschneiden und die Möglichkeit des freien Handels Westdeutschlands mit allen anderen Ländern auf gleichberechtigter Grundlage weitgehendst zu erschweren. Aber ein solcher Standpunkt ist unhaltbar. Deutschland nimmt seit langem einen wichtigen Platz im System der Weltwirtschaft ein.

Die Interessen der Volksmassen aller Länder erfordern, daß die billigere Friedensproduktion der deutschen Industrie in höchster Qualität wieder auf den Weltmärkten erscheint, um die durch ausländische Monopole künstlich hochgetriebenen Preise zu drücken und die Marktkonjunktur zu verbessern. Die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes, mit Ausnahme einer kleinen Clique Rüstungsindustrieller, lehnt die einseitige Orientierung der westdeutschen Industrie auf die Produktion von Halbfabrikaten für die Rüstung ab, da das Wettrüsten, in das jetzt Westdeutschland hineingezogen wird, unweigerlich zum Kriege führt. Da wir aber unsere Kräfte dem friedlichen Aufbau widmen wollen, verlangen wir, daß die Produktionskräfte Deutschlands, seine natürlichen Reichtümer und vor allen Dingen die Liebe zur Arbeit und die natürliche Begabung der deutschen Werktätigen, so verwendet werden, wie dies der Fünfjahrplan der Deutschen Demokratischen Republik zeigt.

Das deutsche Volk begrüßt darum aus ganzem Herzen den großzügigen Beschluß der Sowjetregierung, daß im Friedensvertrag Deutschland keinerlei Beschränkungen in der Entwicklung seiner Friedenswirtschaft auferlegt werden.

Mit besonderer Genugtuung nimmt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik von dem Vorschlag Kenntnis, Deutschland zu gestatten, zur Verteidigung des Landes eigene nationale Streitkräfte zu besitzen. In diesem Vorschlag erblicken wir den Willen der Sowjetregierung, dem deutschen Volke die volle nationale Souveränität zurückzugeben, die nur gesichert sein kann, wenn Deutschland die Möglichkeit erhält, seine nationale Unabhängigkeit zu verteidigen.

Während die Adenauerregierung dabei ist, die deutsche Jugend für fremde Interessen in eine amerikanische Fremdenlegion zu pressen, während sie in Westdeutschland dabei ist, eine Armee aus deutschen Soldaten unter fremdem Kommando aufzubauen, bietet der Vorschlag der Sowjetregierung dem deutschen Volke die Möglichkeit, eine nationale deutsche Armee unter deutschem Kommando zu errichten. Dieser Vorschlag billigt dem deutschen Volke das für jede souveräne Nation selbstverständliche Recht zu, die Verteidigung seiner Heimat, seiner Freiheit und Unabhängigkeit in die Hände seiner Jugend zu legen.

Eine gesamtdeutsche demokratische Regierung des friedliebenden Deutschlands muß natürlicherweise ihre Aufgabe in der Verwirklichung des friedlichen wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaues zum Wohle des deutschen Volkes sehen. Diese Aufgabe entspricht völlig dem Streben unseres Volkes nach Frieden und nach einem gesicherten Aufbau im Innern des Landes. Aber kein wirklich souveräner und unabhängiger Staat kann sich von der Verpflichtung der Verteidigung der friedlichen Arbeit seines Volkes und der friedlichen staatlichen Grenzen lossagen. Obwohl sich bestimmte politische Kreise an die Unterstützung durch die ausländischen Bajonette klammern, kann nicht angenommen werden, daß der Aufenthalt ausländischer Truppen auf dem Gebiete Deutschlands ein ständiger sein wird. Wenn dem deutschen Volke aber Militärbündnisse und Koalitionen mit anderen Staaten nicht erlaubt sind, ergibt sich, daß eine eigene nationale Armee Deutschlands niemals mehr der Sache der Vorbereitung oder der Verwirklichung eines neuen Krieges dient, sondern ausschließlich der Verteidigung seiner Grenzen. Eine solche Möglichkeit geben die seit 1945 abgeschlossenen Friedensverträge allen Ländern, die am Kriege beteiligt waren.

Es ist darum nicht einzusehen, warum das deutsche Volk in diesem Punkte unter ein Ausnahmerecht gestellt werden sollte.

An die militärischen Leitsätze des sowjetischen Entwurfes haben die westlichen Kommentatoren besonders vielseitige Betrachtungen geknüpft. Dabei brachten sie unter anderem zum Ausdruck, daß dieser Vorschlag der Sowjetregierung etwas

grundsätzlich Neues darstelle. Dies ist jedoch keineswegs der Fall. Bereits in seiner Rede zum 25. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution am 6. November 1942 hat Stalin erklärt:

"Eine solche Aufgabe wie die Vernichtung jeder organisierten militärischen Kraft in Deutschland haben wir nicht, denn jeder einigermaßen Gebildete wird verstehen, daß das in bezug auf Deutschland ebenso wie auch in bezug auf Rußland nicht nur unmöglich, sondern auch vom Standpunkt des Siegers unzweckmäßig ist. Aber die Hitlerarmee vernichten – das kann man und soll man."⁶

Der Vorschlag der Sowjetregierung entspricht also ihrer konsequenten, seit 1945 verfolgten Politik, dem deutschen Volke nach Ausrottung des Hitlerfaschismus seine volle nationale Souveränität zu sichern.

In die gleiche Richtung zielt auch der Vorschlag der Sowjetregierung an die Westmächte, das Ersuchen Deutschlands um die Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen zu unterstützen. Damit bekundet die Sowjetregierung ihren Willen, dem einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschland zu helfen, in die Familie der friedliebenden Völker aufgenommen zu werden.

Die in der Note und dem Entwurf der Sowjetregierung für einen Friedensvertrag mit Deutschland enthaltenen Vorschläge stellen einen in der Geschichte beispiellosen Freundschaftsbeweis für das deutsche Volk dar, wie er nur von einem sozialistischen Staate erbracht werden kann. Es wird nun an uns, am deutschen Volke, liegen, uns dieses Freundschaftsbeweises würdig zu erweisen und alles in unseren Kräften liegende zu tun, um die uns gebotene Chance zu ergreifen und voll auszunutzen. Seit Jahren war die Möglichkeit zu einem Friedensvertrag und zur Einheit zu kommen, nicht so groß und so nahe wie heute. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Vorschläge der Sowjetregierung die Massen des deutschen Volkes tief aufwühlen und die Bewegung für Frieden und Einheit aufs höchste steigern werden. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erachtet es daher für ihre Pflicht, sich die Vorschläge der Sowjetregierung zu eigen zu machen und ihre ganze Kraft einzusetzen, um diese Vorschläge zur Forderung der ganzen deutschen Nation zu machen.

Die Regierung schlägt darum der Volkskammer vor, sich an den Bundestag in Bonn mit der Aufforderung zu wenden, sich ebenfalls hinter die Vorschläge der Sowjetregierung zu stellen und der Forderung nach einem Friedensvertrag mit Deutschland beizutreten.

In dieser geschichtlichen Entscheidungsstunde kann sich kein verantwortungsbewußter Deutscher, am wenigsten aber ein Verantwortung tragender Politiker, der klaren Entscheidung entziehen. Es helfen keine Winkelzüge mehr, jetzt muß Farbe bekannt werden. Die Bundesregierung hatte auf den Brief der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Februar in einer Erklärung vom 22. Februar geantwortet:

"Der Weg der Bundesregierung in der gesamtdeutschen Frage ist klar vorgezeichnet. Er führt über gesamtdeutsche Wahlen, über die Nationalversammlung und über die gesamtdeutsche Regierung zur Friedenskonferenz."

Auch nach der Veröffentlichung des Vorschlages der Sowjetregierung erklärten Bonner Regierungskreise, daß erst gesamtdeutsche Wahlen und dann eine Friedenskonferenz stattfinden könne. Herr Adenauer hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sogar verdächtigt, mit ihrem Brief vom 13. Februar die Forderung nach gesamtdeutschen Wahlen fallengelassen zu haben.

Dies erklären dieselben Leute, die seit Jahr und Tag jede Verständigung zwischen

6 J. Stalin: Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, S. 84.

Vertretern Ost- und Westdeutschlands hintertrieben haben.

Die regierenden Kreise in Bonn waren es, die unsere wiederholten Vorschläge zur Abhaltung einer gesamtdeutschen Beratung abgelehnt haben.

Wenn die regierenden Kreise in Bonn nicht konstant – und ich sage böswillig – eine Beratung zwischen Deutschen aus Ost und West abgelehnt hätten, so hätte schon längst eine Verständigung unter den Deutschen selbst herbeigeführt werden können. Nachdem beide Regierungen Entwürfe für ein gesamtdeutsches Wahlgesetz vorgelegt hatten, wäre längst eine Verständigung unter den Deutschen über ein gemeinsames Wahlgesetz möglich gewesen. Stattdessen hat die Bonner Regierung an ausländische Mächte appelliert, um auf diesem Wege gesamtdeutsche Wahlen zu verhindern.

Einzig und allein die Bonner Regierung trifft die Schuld daran, daß es bisher zu keiner Verständigung unter den Deutschen gekommen ist.

Es wird von interessierter Seite auch versucht, die Vorschläge der Sowjetregierung mit dem Hinweis auf die von der UNO eingesetzte Kommission zur Überprüfung der Möglichkeit freier Wahlen in ganz Deutschland abzutun.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt noch einmal mit Nachdruck, daß es einer solchen Kommission nicht bedarf, daß diese Kommission keinerlei Rechtsgrundlage besitzt und ihre Tätigkeit eine ungerechtfertigte Einmischung in die inneren Angelegenheiten des deutschen Volkes darstellen würde. Nach dem Potsdamer Abkommen sind nur die vier Großmächte befugt, Kontrollfunktionen auszuüben. Die Sowjetregierung stellt in ihrer Note an die Westmächte fest,

"daß die UdSSR, die USA, Großbritannien und Frankreich, die in Deutschland Kontrollfunktionen ausüben, auch die Frage der Bedingungen prüfen müssen, die die schleunigste Bildung einer gesamtdeutschen, den Willen des deutschen Volkes ausdrückenden Regierung fördern"⁷.

Ich erkläre hier im Namen der Regierung, daß alle unsere Vorschläge, insbesondere auch die im Appell der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik vom 15. September 1951 unterbreiteten Vorschläge, voll und ganz aufrechterhalten bleiben. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist jederzeit bereit, ihre Vertreter zu einer gesamtdeutschen Beratung zu entsenden und auf dieser Beratung alle Fragen zu erörtern, die zur schleunigsten Durchführung gesamtdeutscher Wahlen und damit zur Bildung einer gesamtdeutschen, den Willen des deutschen Volkes ausdrückenden Regierung führen.

Vor wenigen Tagen, kurz vor den Wahlen im Südweststaate, erklärte Adenauer, daß er die alliierten Hochkommissare der Westmächte gebeten habe festzustellen, welche Vorschläge hinter der Antwort der Sowjetregierung an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die Unterstützung der Bitte zum beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland seitens der Sowjetunion verborgen sind. Wenn Adenauer wirklich diese Frage klären will, dann hat er jetzt die beste Gelegenheit dazu. Die Note der Sowjetunion enthält die volle, klare und wahrhaftige Antwort über die Vorschläge und Absichten der Sowjetunion. Diese Vorschläge entsprechen den Lebensinteressen des deutschen Volkes und den Interessen aller anderen Völker Europas. Adenauer soll jetzt endlich sagen, ob er die Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland wünscht, eines Friedensvertrages auf der Grundlage der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat, der Wiederherstellung der Souveränität dieses Staates und des Abzuges der Besatzungstruppen innerhalb

7 Neues Deutschland vom 12. März 1952.

eines Jahres nach Abschluß des Friedensvertrages.

Wenn Adenauer dies alles will, muß er seine Verhandlungen über den Generalvertrag einstellen. Es ist genug des Versteckspiels und der Ausklügelung von Fragen an die Adresse der Sowjetregierung und an die Adresse der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Alle Antworten sind klar und unmißverständlich gegeben, sowohl über die Wahlen und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung wie auch über den Friedensvertrag und die Wiederherstellung der Einheit und Souveränität Deutschlands. Wer in diesen Lebensfragen des deutschen Volkes noch ernst mitsprechen will, muß nun endlich seine Stellungnahme klar und bündig vor dem Volke darlegen. Es ist allgemein bekannt, daß Adenauer in einem deutschen Nationalstaat nur ein veraltetes Überbleibsel aus der Vergangenheit sieht. Seine "europäische Integration" ist nichts anderes als der Schritt zur Auflösung der deutschen Nation, einer Auflösung, in deren Prozeß er obendrein versucht, die westdeutsche Jugend als Kanonenfutter an die zusammengewürfelte Europaarmee des Amerikaners Eisenhower zu verkaufen.

Man sagt, daß Adenauer von der Wiederherstellung einer Art Heiligen Römischen Reiches träumt und daß er als Katholik nicht abgeneigt sei, darum die Einheit Deutschlands preiszugeben. Das wäre ein gefährliches Beginnen. Bereits im 15. Jahrhundert machte das Heilige Römische Reich die Entstehung eines deutschen Nationalstaates unmöglich und führte unter verbrecherischer Verletzung der deutschen Interessen zur Verschleuderung der Kräfte der deutschen Nation in den italienischen Eroberungsfeldzügen. Das war einer der Gründe dafür, daß Deutschland Jahrhunderte in einem zersplitterten Zustand verblieb in einer Zeit, in der andere europäische Staaten ihre Geburt und Entwicklung zum Nationalstaat vollzogen. Deutschland aber lag, aus tausend Wunden blutend, durch innere Widersprüche zerfleischt, geschwächt am Boden und diente dem ausbeuterischen Spiel deutscher Kleinfürsten und Bischöfe.

Ist die Adenauersche Integration Europas im Grunde genommen in ihren Auswirkungen etwas anderes als das Heilige Römische Reich? Die "europäische Integration" ist nichts anderes als ein Bund der reaktionärsten Kräfte Westeuropas und Westdeutschlands, die sich von ihren eigenen Völkern gelöst haben, ein Bund, der auf die Verteidigung der Interessen der amerikanischen Millionäre und Milliardenäre gerichtet ist, die die Finanziere dieser "europäischen Integration" sind und deren Ziel es ist, soviel Profit als möglich aus diesem westlichen Europa und in erster Linie aus Westdeutschland zu ziehen. Die Adenauersche Integration Europas stört die Vereinigung Deutschlands ebenso wie die italienischen Eroberungskriege im Mittelalter. Die Politik Adenauers und der Amerikaner ist eine Politik der Verewigung der Spaltung Deutschlands, eine Politik der Schwächung Deutschlands, eine Politik der Einbeziehung des deutschen Volkes in internationale blutige Abenteuer des amerikanischen Imperialismus. Diese Politik endet im Bruderkrieg und in der Zerstörung Deutschlands.

Das deutsche Volk muß aus sich selbst heraus die Kraft finden zur Abkehr von dieser Politik; denn diese Politik stellt einen direkten Verrat an den Lebensinteressen des deutschen Volkes dar.

Nach internationalem Recht kann ein Krieg nur als ein vorübergehender Zustand gewertet werden. Was immer auch der Grund oder die Gründe für einen Krieg sein mögen, ein Krieg kann nicht ewig andauern. Der Friedensvertrag ist der übliche Schritt und der normale Abschluß eines Krieges.

Wo dieser Abschluß eines Friedensvertrages verweigert wird, bleibt nur die Unterwerfung und Versklavung des besiegten Landes. Wer darum dem Abschluß eines Friedensvertrages auszuweichen wünscht, wer ihn auf unbestimmte Frist

verträgt oder wer sich an der Herbeiführung eines Paktsystems, wie im Westen Deutschlands, beteiligt, hilft dadurch mit an der Unterwerfung Deutschlands und an der Vernichtung des deutschen Staates.

Dieser Generalvertrag beraubt Deutschland seiner souveränen Rechte auf dem Gebiete der Außen- und Innenpolitik. Durch den Generalvertrag stellt die Bonner Regierung das Gebiet Westdeutschlands ausländischen Truppen zur vollen Verfügung. Der Generalvertrag ist ein Versuch der Annexion Westdeutschlands und der Umwandlung einer zeitlichen militärischen Besetzung in eine tatsächliche und unbegrenzte Unterwerfung.

Eine solche Politik steht zu den Lehren und Gesetzen der menschlichen Geschichte im strikten und unüberbrückbaren Gegensatz. Wir erklären aus diesen unseren geschichtlichen Erkenntnissen von der Tribüne dieses Hauses, daß die Unterwerfung des großen deutschen Volkes durch die imperialistischen Kräfte Amerikas, Englands und Frankreichs nicht zu verwirklichen ist. Wer seine Berechnungen auf den Ersatz des Friedensvertrages durch den Generalvertrag setzt, macht seine Rechnung ohne den Wirt, das heißt ohne das deutsche Volk. Schon entwickelt sich eine mächtige Volksbewegung für den Abschluß eines Friedensvertrages auf demokratischer und gerechter Grundlage. Diese Bewegung wird unüberwindbar werden, denn sie wird gespeist und entwickelt aus den Lebensbedürfnissen eines ganzen Volkes. Wer sich diesem Lebensstrom entgegenstellt, wird zur Seite geschwemmt. Wer mithilft, das deutsche Volk zu unterwerfen und zu versklaven, wer ihm den sklavischen Generalvertrag und den Krieg aufzwingen will, der wird das ganze deutsche Volk gegen sich haben und erbarmungslos beiseite geschoben werden.

Deutschland wird den Weg des Todes und der Vernichtung nicht gehen. Das deutsche Volk wird den Weg des Friedens, des demokratischen Aufbaus und eines neuen Wohlstandes gehen. In einem Drittel Deutschlands, in der Deutschen Demokratischen Republik, ist dieser Weg bereits erfolgreich beschritten.

Wir rufen die Arbeiter und Bauern, die Handwerker und die Angestellten, die Techniker, Wissenschaftler und Künstler der Deutschen Demokratischen Republik auf, alle Kräfte für die friedliche Aufbauarbeit unseres Fünfjahrplans einzusetzen. Festigung der demokratischen Ordnung, Erhöhung und Verbesserung der Produktion, Verbesserung der Landwirtschaft, Verbesserung der Staatsverwaltung, das sind die Mittel, um unseren Brüdern im Westen unseres Vaterlandes zu zeigen, daß es einen friedlichen Weg des Aufstiegs ohne Schuldknechtschaft durch imperialistische Staaten gibt.

Durch die Note der Sowjetregierung an die Westmächte und durch den Entwurf der Sowjetregierung für einen Friedensvertrag mit Deutschland ist die entscheidende Frage der deutschen Nation vor der ganzen Weltöffentlichkeit zur unmittelbaren Lösung auf die Tagesordnung gestellt worden. Sie kann ohne die aktive Teilnahme des deutschen Volkes nicht gelöst werden. Mögen die Männer und Frauen in allen deutschen Landen, möge die deutsche Jugend erkennen, welche große Chance dem deutschen Volke durch das hochherzige Angebot der Sowjetregierung gegeben ist.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ruft alle Deutschen zu gemeinsamem Handeln: Unterlaßt nichts, tut alles, um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen! Räumt alle Hindernisse aus dem Weg, damit das große Werk nicht an der deutschen Zwietracht scheitere!

Vorwärts zum raschen Abschluß eines Friedensvertrages!

Vorwärts zu einem einheitlichen, demokratischen, unabhängigen und friedliebenden Deutschland!

Hier nach: Grotewohl, O., Im Kampf um die eine Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze, 6 Bde, Band III: Auswahl aus den Jahren 1952 und

1953, Berlin 1959, S. 74-94.

Faksimile

Die 38 Faksimile werden nicht mit ausgedruckt.

Hier nach: SAPMO Barch, NY 90/166, Bl. 111-148. Stenogramm mit handschriftlichen Korrekturen.

© Faksimile. Bundesarchiv. Berlin. 2004.

Quelle: http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0031_gro.pdf

Datum: 20. September 2011 um 07:35:52 Uhr CEST.

© BSB München
